

SoVD fordert Umdenken in der Arbeitsmarktpolitik

Reformen endgültig gescheitert

Vor mehr als zehn Jahren stellte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder die Agenda 2010 im Bundestag vor. Ein Teil der Reform waren die Hartz-Gesetze. Durch sie sollten Arbeitslose besser vermittelt und neue Formen der Beschäftigung geschaffen werden. Was ist daraus geworden? Langzeitarbeitslosigkeit, Niedriglohn und prekäre Beschäftigung sowie Armut im Alter haben erheblich zugenommen. Eine niederschmetternde Bilanz, findet der Sozialverband Deutschland. In Berlin präsentierte der SoVD daher ein eigenes Reformkonzept, in dem er eine umfassende Neuordnung der Arbeitsmarktpolitik fordert.



Foto: Gina Sanders, shootingankauf, sframe, MAST, ferkelraggae/fotolia; Montage: SoVD

Endstation Langzeitarbeitslosigkeit: Niedrige Löhne und unsichere Beschäftigungsformen haben dazu geführt, dass arbeitslose Menschen nur schwer aus dem System Hartz IV ausbrechen können.

- Jeder fünfte Erwerbsfähige ist langzeitarbeitslos.
- Fast jeder Dritte (30 Prozent) erhält trotz einer Beschäftigung weiterhin Leistungen.
- Kinder unter 15 Jahren machen rund ein Viertel der Leistungsberechtigten aus.

Der Weg vom Lohnersatz in die Fürsorge

Hartz IV, das bedeutete vor allem auch die Ablösung der Arbeitslosenhilfe durch die deutlich geringer bemessene

ne Sozialhilfe – einer reinen Fürsorgeleistung. Als Grundversicherung erhalten Langzeitarbeitslose seither das Arbeitslosengeld (ALG) II. Der Regelsatz beträgt für eine Einzelperson derzeit 391 Euro plus Miete und Heizkosten.

Wer heute arbeitslos wird, muss sich jedoch nicht nur eine erheblich verschärfte Prüfung seiner Bedürftigkeit gefallen lassen, sondern darüber hinaus auch nahezu jede ihm angebotene Arbeit annehmen. An-

denfalls drohen Sanktionen und Leistungskürzungen. Für Menschen, die jahrzehntelang gearbeitet und Sozialversicherungsbeiträge sowie Steuern gezahlt haben, bedeutet dies einen materiellen und gesellschaftlichen Abstieg.

Abwärtsspirale muss gestoppt werden

Der SoVD tritt daher für eine Neuordnung der Arbeitsmarktpolitik ein. Ein entsprechende

Fortsetzung auf Seite 2

Alzheimer – Schicksal vieler Menschen

Welt-Alzheimerstag will aufmerksam machen

Seite 5



Inklusionslauf 2014 So sehen Sieger aus!

Sportveranstaltung in Berlin für Menschen mit und ohne Behinderung

Seite 3



Rückzahlung und mehr erwirkt

SoVD verhilft erkranktem Mitglied zu seinem Recht

Seite 4

Raus aus dem bequemen Sessel!

Gerade im Alter schützt Bewegung vor Stürzen

Seite 7



Neu im Kino: Mit ganzer Kraft

Vater nimmt mit behindertem Sohn an Ironman teil

Seite 24



Anzeige



Die Berater der VVS finden für Sie die passende Kfz-Versicherung!

Einfach, günstig, sicher:

- ✓ Sondertarife für VVS Kunden
- ✓ Für jeden die passende Versicherung
- ✓ Serviceorientierte Betreuung
- ✓ Ihr Vorteil ist unser Auftrag

Jetzt kostenlos beraten lassen.

030 - 726 222 401

www.vvs-ag.com | info@vvs-ag.com



Blickpunkt

Demenzerkrankungen wie Alzheimer fordern pflegende Angehörige im höchsten Maße. Dies liegt vor allem am fortschreitenden Verlauf der Erkrankung, die ein selbstständiges Leben zunehmend unmöglich macht. Die Zahl Betroffener steigt; momentan gibt es in Deutschland etwa 1,4 Mio. Erkrankte – Tendenz steigend. Es war daher eines der Motive für ein neues Pflegestärkungsgesetz, im Leistungsbereich Verbesserungen für demenziell

Erkrankte und pflegende Angehörige zu schaffen.

Der nun vorliegende Reformvorschlag bringt einige wichtige positive Änderungen mit sich. Dazu gehören u.a. niedrighschwellige Entlastungsangebote für das pflegende Umfeld. Insgesamt bleibt der Gesetzesentwurf jedoch hinter den Erwartungen an eine echte Reform zurück. Denn Voraussetzung hierfür sind ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff und ein neues Begutachtungsverfahren, zu

denen auch die vom Gesundheitsministerium eingesetzten Expertenbeiräte seit Jahren raten. Weil beide Kriterien nicht ausreichend Berücksichtigung finden, wird in der bevorstehenden Pflegereform erneut der zweite Schritt vor dem ersten getan. Hier muss schnellstmöglich etwas passieren, damit Millionen Betroffene die staatliche Unterstützung erhalten, die sie zur Bewältigung ihres Schicksals benötigen. **Adolf Bauer** SoVD-Präsident